

Dipl.-Volkswirt Christoph-Martin Mai

# Der Arbeitsmarkt im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise

*Im Jahr 2009 sank das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland verglichen mit dem Vorjahr um 5,0 %<sup>1)</sup>. Was zunächst als Finanzmarktkrise infolge von Spekulationen am Immobilienmarkt der Vereinigten Staaten begann, entfachte eine globale Störung der Realwirtschaft und mündete in die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Nach den vorliegenden Zahlen der amtlichen Statistik ist festzustellen: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt angekommen. Vor dem Hintergrund des dramatischen Wirtschaftseinbruchs in Deutschland sind die Reaktionen des Arbeitsmarktes jedoch überraschend: Die Unternehmen haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten relativ flexibel reagiert, jedoch auf Entlassungen bislang weitgehend verzichtet. Auch ein Jahr nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt als robust und entwickelte sich in Kenngrößen wie der Erwerbstätigkeit und der Erwerbslosigkeit relativ moderat. Sowohl im internationalen Vergleich als auch im Rückblick auf frühere Rezessionen muss diese Reaktion als außerordentlich registriert werden.*

*Im Folgenden soll eine Art Zwischenbilanz der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den deutschen Arbeitsmarkt im statistischen Sinne gezogen werden. Es wird dargestellt, wie sich die Erwerbstätigkeit und die Erwerbslosigkeit in Deutschland in der Phase des Wirtschaftseinbruchs entwickelt haben, und diese Entwicklungen werden mit denen in anderen Volkswirtschaften verglichen. Den Arbeitsmarktinstrumenten Leiharbeit und*

*Kurzarbeit kommt dabei besondere Aufmerksamkeit zu. Im weiteren Verlauf werden die Auswirkungen auf Beschäftigungsformen, Wirtschaftsbereiche und die jeweilige Betroffenheit von Männern und Frauen dargestellt. Abschließend wird auf die Perspektiven für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes eingegangen, wobei relevante Frühindikatoren einbezogen werden.*

## Vorbemerkung

Die Zusammenhänge zwischen der Wirtschaftsleistung und dem Arbeitsmarkt werden im Folgenden anhand der Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes dargestellt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zum einen als Bezugszahl in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingebunden und zum anderen ein vorrangiger Indikator, um die Nachfrageseite auf dem Arbeitsmarkt einschätzen zu können.

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Erwerbstätigenrechnung für das Jahr 2009 sind vorläufig, da zu diesem frühen Zeitpunkt teilweise nur unvollständige Ausgangsdaten vorliegen. Die in diesem Aufsatz enthaltenen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beziehen sich – sofern im Text nicht gesondert vermerkt – auf den Veröffentlichungszeitpunkt Februar 2010. Nur dort, wo über die Darstellungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hinausgehende differenzierte Arbeitsmarkt Betrachtungen erforderlich sind, wird auf andere Datenquellen zurückgegriffen.

1) Stand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen: Februar 2010; Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.2 „Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse – 4. Vierteljahr 2009“ ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)).

## Wirtschaftsleistung und Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt gilt gemeinhin als nachlaufender Indikator der konjunkturellen Entwicklung. Nachfrageschwankungen schlagen sich nicht unmittelbar, sondern erst nach einer gewissen Anpassungszeit in den Personalplanungen der Arbeitgeber nieder. Daneben verlängern auch Kündigungs-schutzregelungen und langfristige Tarifvereinbarungen die Reaktionszeit auf eine veränderte Wirtschaftslage. So kann eine einsetzende Rezession zunächst u. a. an den Daten der Auftragsengänge und anschließend an denen der Produktion erkannt werden. Nachfragerückgänge können kurzfristig durch Flexibilisierungsmaßnahmen wie das Anpassen der Arbeitszeit aufgefangen werden und Arbeitsplätze werden erst bei länger anhaltenden Nachfrageeinbrüchen zeitversetzt abgebaut. Umgekehrt gilt aber auch, dass sich zum Höhepunkt einer Arbeitsmarktkrise die Wirtschaft oft schon wieder auf einem Erholungskurs befindet.

Kreuzkorrelationsrechnungen zeigen, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland auf konjunkturelle Veränderungen – gemessen an der saison- und kalenderbereinigten Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen den Jahren 1991 und 2009 – mit einer Verzögerung von zwei bis drei Quartalen reagiert. Nur bei totaler Flexibilität des Arbeitsmarktes wäre ein Gleichlauf mit der Konjunktur möglich.

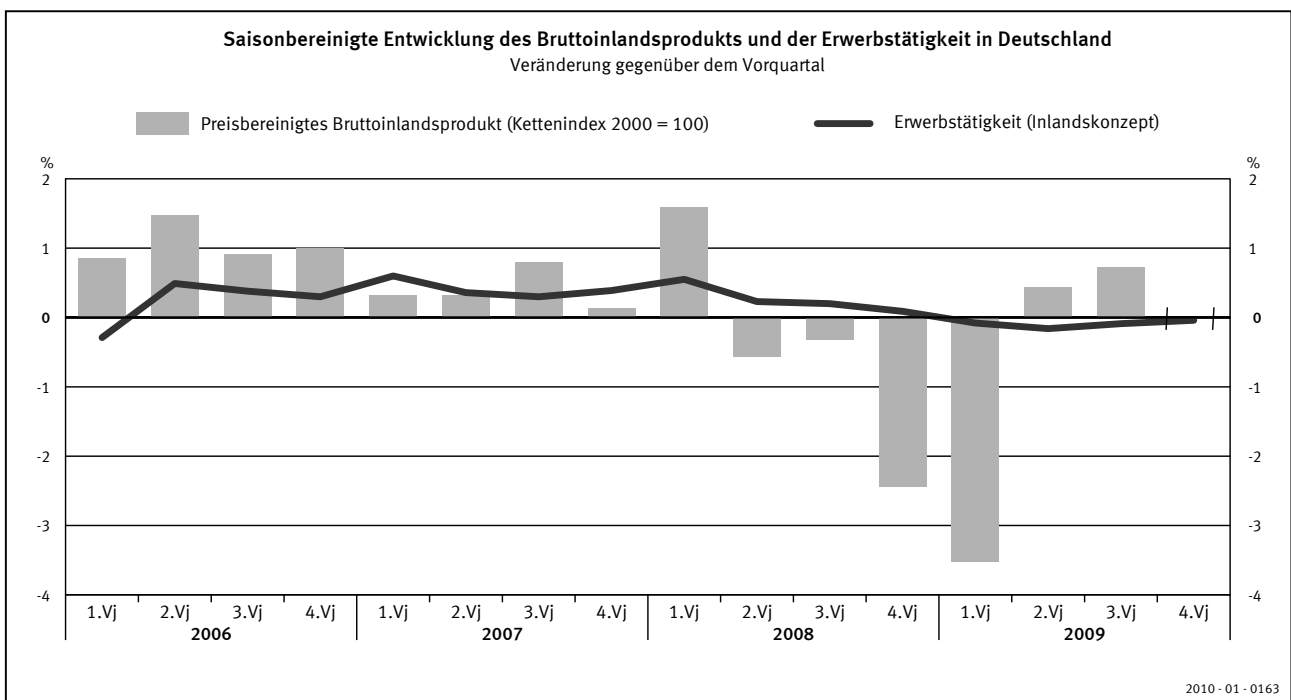
Für die aktuelle Wirtschaftskrise bedeutet dies: Es entspricht dem üblichen Muster, dass der Arbeitsmarkt nicht unmittelbar auf die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert hat. Erstaunlich hingegen ist, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt auch mehr als ein Jahr nach dem

Beginn des globalen Wirtschaftseinbruchs noch vergleichsweise stabil zeigt.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2009 von 40,265 Mill. Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren lediglich 14 000 Personen weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Erwerbslosen nach internationaler Abgrenzung<sup>2)</sup> stieg nach vorläufigen Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung um 154 000 Personen auf 3,295 Mill. Angesichts des im abgelaufenen Jahr sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes fielen sowohl der Rückgang der Erwerbstätigkeit als auch der Anstieg der Zahl der Erwerbslosen damit relativ moderat und sehr viel schwächer aus als vielfach befürchtet. Auch die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im vierten Quartal 2009 mit einer saisonbereinigten Abnahme um 15 000 Personen (-0,0%) gegenüber dem Vorquartal lässt keinen gravierenden Einbruch der Beschäftigung erkennen.

Die saisonbereinigte Entwicklung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Erwerbstätigkeit in der aktuellen Wirtschaftskrise ist im Schaubild 1 dargestellt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich schon ab dem zweiten Vierteljahr 2008 jeweils gegenüber dem Vorquartal negativ. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise werden vor allem in der Entwicklung des vierten Quartals 2008 und des ersten Quartals 2009 gegenüber dem jeweiligen Vorquartal sichtbar. Verzögert reagierte die Erwerbstätigkeit, deren Wachstumsraten gegenüber dem jeweiligen Vorquartal mit Ende des Jahres 2008 abnehmen, sich aber erst ab dem ersten Quartal 2009 negativ entwickeln. Der wesentliche Unterschied ist allerdings die Dyna-

Schaubild 1



2) Zur internationalen Definition der Erwerbslosen siehe Rengers, M.: „Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept“ in WiSta 12/2004, S. 1369 ff., hier: S. 1373 f.

mik: Während für das Bruttoinlandsprodukt in der bisherigen Spitze der Krise saisonbereinigt eine Veränderungsrate von -3,5% gegenüber dem Vorquartal zu registrieren ist (1. Vj 2009), lag die maximale Abnahme der Erwerbstätigkeit während der Finanz- und Wirtschaftskrise bei -0,2% (2. Vj 2009).

Ein solcher Verlauf der Erwerbstätigkeit in Deutschland ist angesichts der Wirtschaftsentwicklung auch im längerfristigen Vergleich ungewöhnlich. Im Schaubild 2 ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Erwerbstätigkeit seit 1970 dargestellt.

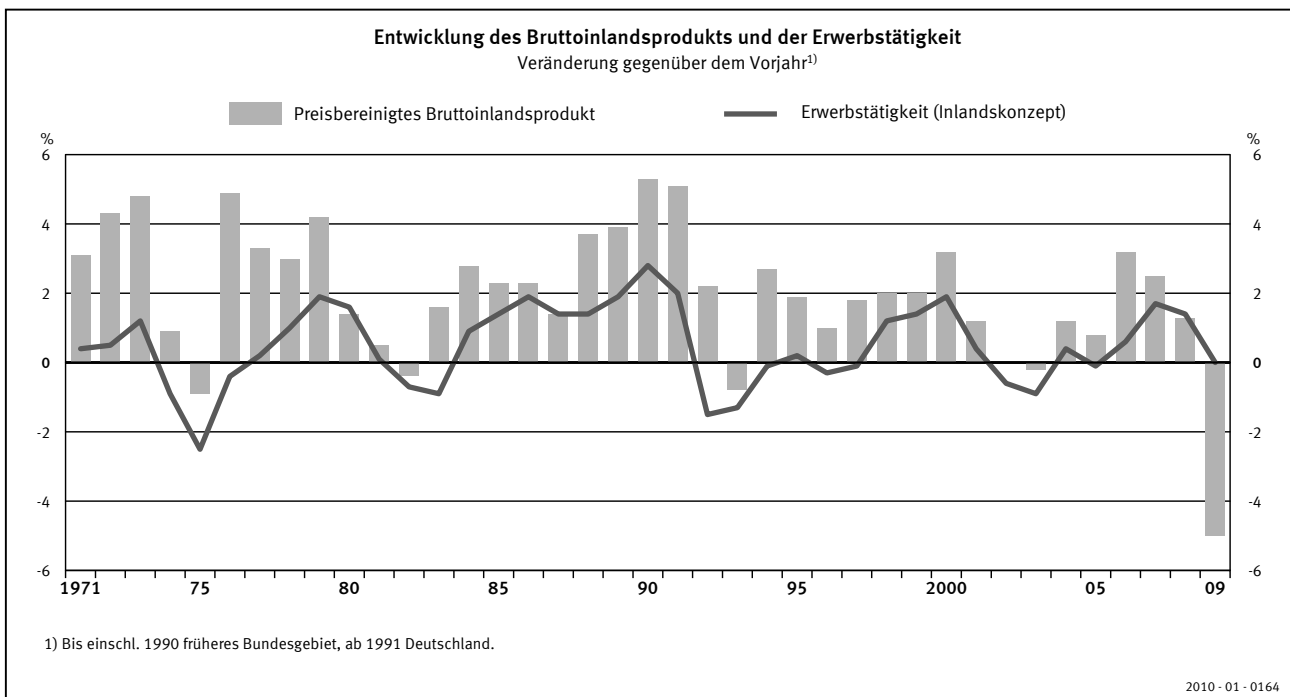
Zu erkennen ist, dass in vorherigen Rezessionen die Erwerbstätigkeit wesentlich stärker abnahm als in der aktuellen. Seit 1970 gab es in der Bundesrepublik fünf Abschwungphasen.<sup>3)</sup> Im Zuge des ersten Ölpreisschocks, welcher durch das Lieferembargo der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) im Herbst 1973 begann, schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt 1975 im Vergleich zum Vorjahr um 0,9% und die Erwerbstätigkeit im gleichen Jahr um 2,5%. Während der zweiten weltweiten Ölkrise, deren Auslöser in der Islamischen Revolution im Iran und im ersten Iran-Irak-Krieg im Jahr 1980 zu sehen ist, sank das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1982 um 0,4% im Vorjahresvergleich, die Erwerbstätigkeit dagegen um 0,8% und im darauffolgenden Jahr 1983 um 0,9%. Das Nachlassen des durch die deutsche Vereinigung ausgelösten Wirtschaftswachstums und die Auswirkungen des zweiten Golfkrieges im Jahr 1990 führten im Jahr 1993 zu einer weiteren Rezession in Deutschland, bei der im Vorjahresvergleich das Bruttoinlandsprodukt um 0,8% und die Erwerbstätigkeit um 1,3%

zurückging. Nach dem Platzen der Spekulationsblase mit Aktien der Internet- und Telekommunikationsbranche und durch die Folgen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten mit einer folgenden Verteuerung des Ölpreises sank das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 um 0,2% und die Erwerbstätigkeit im gleichen Jahr um 0,9%. Auch vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise war es zu massiven Erhöhungen des Ölpreises bis zur Jahresmitte 2008 gekommen.<sup>4)</sup> Doch obwohl der konjunkturelle Einbruch – gemessen am Rückgang des Bruttoinlandsprodukts – bei der aktuellen Krise größer war als in den vorangegangenen Wirtschaftskrisen, waren die Folgen für den Arbeitsmarkt – gemessen am Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen – weniger gravierend als in den anderen Rezessionen.

Da die Erwerbstätigkeit verhältnismäßig gemäßigt auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert hat, haben folglich andere Komponenten zum deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Während der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise sank im Jahr 2009 das Arbeitsvolumen, das Produkt aus Erwerbstätigenzahl und Arbeitszeit je Erwerbstätigen, um 2,8% gegenüber dem Vorjahr. Verglichen mit den anderen Wirtschaftskrisen war diese Abnahme zwar überdurchschnittlich, allerdings fiel der Rückgang 1975 während der ersten Ölkrise mit -4,5% noch deutlich höher aus (siehe Schaubild 3 auf S. 240).

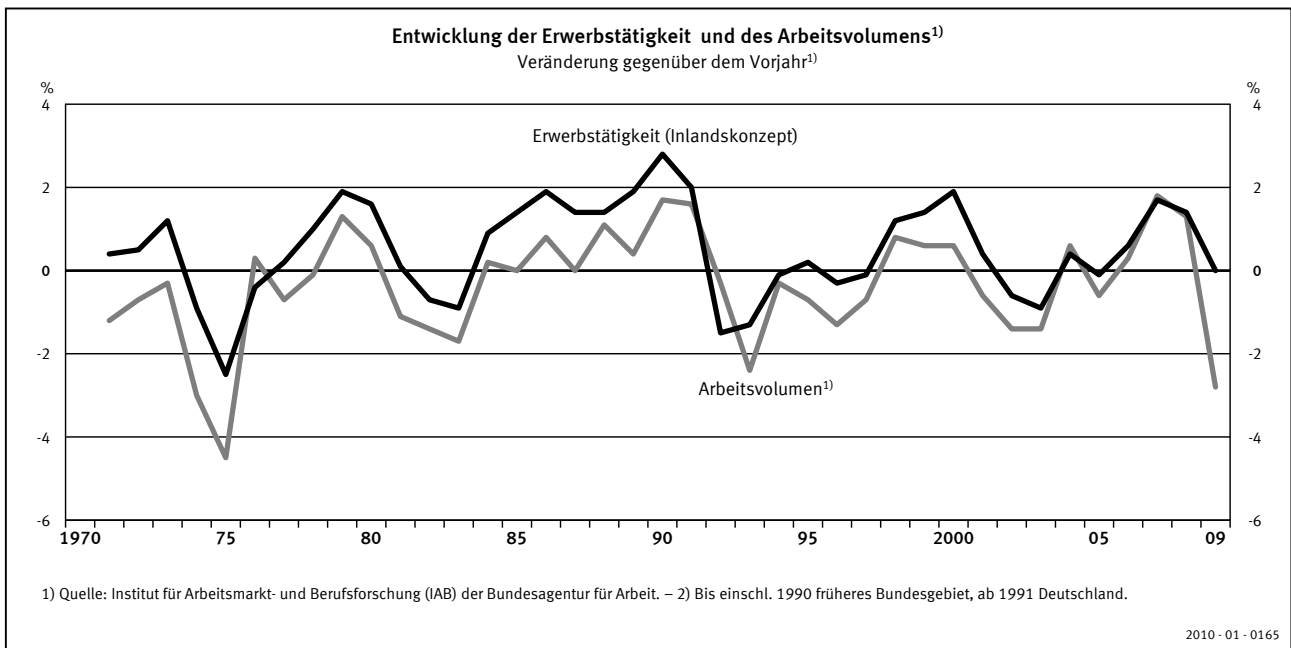
Bemerkenswert ist aber, wie sich die Arbeitsproduktivitäten je Erwerbstätigen bzw. je Arbeitsstunde im Vergleich zu früheren Rezessionen in Deutschland entwickelt haben: Im Jahr 2009 sank die Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde

Schaubild 2



3) Nach der Definition des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegt ein gravierender konjunktureller Abschwung dann vor, „wenn ein Rückgang der relativen Output-Lücke um mindestens zwei Drittel der jeweiligen Potenzialwachstumsrate mit einer aktuell negativen Output-Lücke einhergeht“ [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): „Jahresgutachten 2008/09 „Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken“, Wiesbaden 2008, S. 79.].  
 4) Zur historischen Würdigung der Rezessionen siehe Räh, N.: „Rezessionen in historischer Betrachtung“ in WiSta 3/2009, S. 203 ff., hier: S. 204.

Schaubild 3



erst zum zweiten Mal seit 1970, und zwar um 2,2% (erstmalig 2008: –0,0%); je Erwerbstätigen sank die Produktivität sogar um 4,9% (der bisherige stärkste Rückgang war im Jahr 1980 mit –0,3% zu verzeichnen gewesen, siehe Schaubild 4).

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lässt sich als Resultat der Summe aus der Veränderung der Erwerbstätigkeit (ET) und der Veränderung der Produktivität je Erwerbstätigen (BIP/ET) darstellen, wobei sich letztere aufteilen lässt in die Summe aus der Veränderung der Pro-

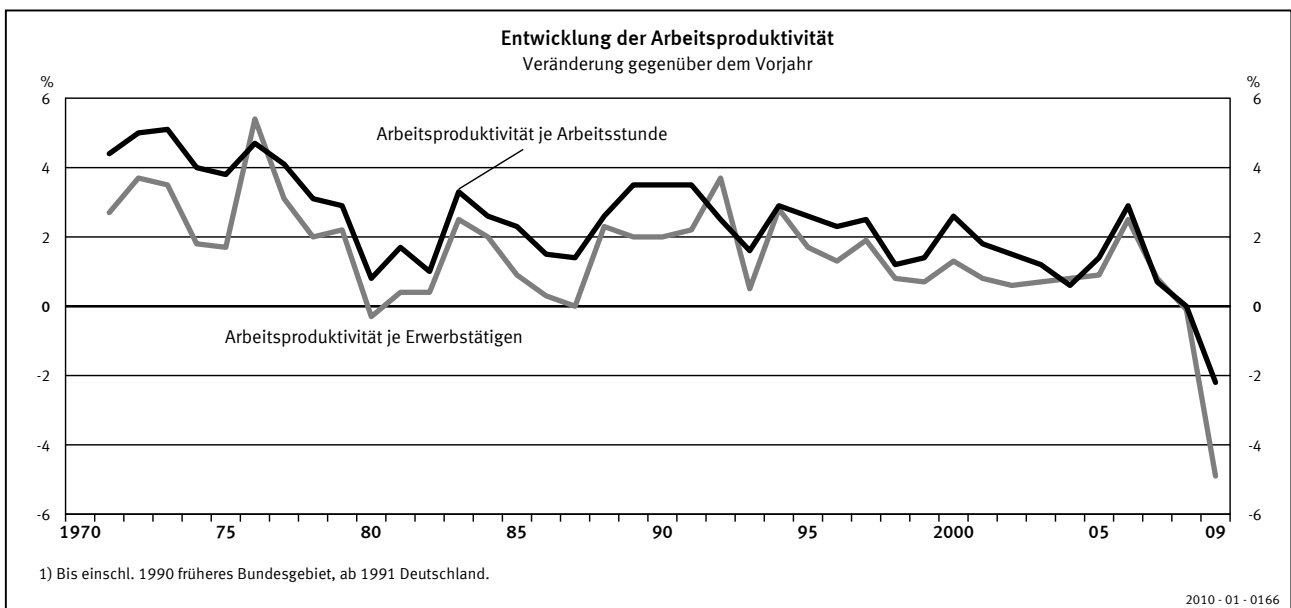
duktivität je Arbeitsstunde (BIP/AV) und der Veränderung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen (AV/ET).<sup>5)</sup>

$$(1) \Delta BIP = \Delta ET + \Delta(BIP/ET)$$

$$(2) \Delta(BIP/ET) = \Delta(BIP/AV) + \Delta(AV/ET)$$

Aufgegliedert nach den Komponenten lässt sich der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 im Vergleich

Schaubild 4



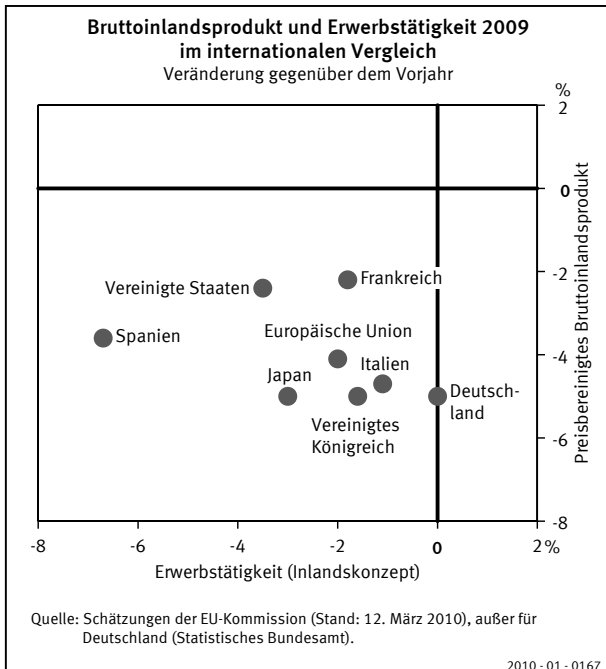
5) Siehe Möller, J./Walwei, U.: „Krisenanalyse und Empfehlungen: Das deutsche Arbeitsmarktwunder auf dem Prüfstand“ in IAB-Forum Spezial 2009, Nürnberg, 2009, S. 6: Ausgehend von der Identitätsgleichung hätte der Einbruch des Bruttoinlandsprodukts von 5% bei unveränderter Arbeitszeit und Stundenproduktivität zu einem Verlust von 2,7 Mill. Erwerbstätigen führen müssen bzw. bei einem Zuwachs der Stundenproduktivität, gemäß langfristigem Trend, sogar zu 3,2 Mill. Erwerbstätigen weniger.

zum Vorjahr von 5,0% mit nur einer marginalen Veränderung der Erwerbstätigezahl um -0,04% und einer Reduzierung der Produktivität je Erwerbstätigen um 4,94% erklären. Letztere ist bedingt durch einen Rückgang der Produktivität je Arbeitsstunde um 2,2% und eine Veränderung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit um -2,8%, sodass sich empirisch Gleichung 1 in Verbindung mit Gleichung 2 wie folgt darstellen lässt:

$$\Delta BIP(-5,0\%) = \Delta ET(-0,0\%) + \Delta(BIP / AV)(-2,2\%) + \Delta(AV / ET)(-2,8\%)$$

Nicht nur in historischer Betrachtung hat der Arbeitsmarkt in Deutschland in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ungewöhnlich reagiert, sondern auch im internationalen Vergleich (siehe Schaubild 5): Obwohl Deutschland überdurchschnittlich vom Rückgang der Wirtschaftsleistung betroffen wurde, blieb der Arbeitsmarkt relativ stabil. In anderen großen Industrienationen ging der wirtschaftliche Rückgang gleichsam mit deutlichen Rückgängen der Erwerbstätigkeit einher. So ist zwar die Wirtschaftsleistung in den größeren europäischen Volkswirtschaften ebenso wie in den Vereinigten Staaten im Jahr 2009 weniger stark eingebrochen als in Deutschland, der Rückgang der Erwerbstätigkeit fiel jedoch jeweils größer aus. Im Durchschnitt der Europäischen Union sank die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2009 um 2,0% gegenüber dem Vorjahr.

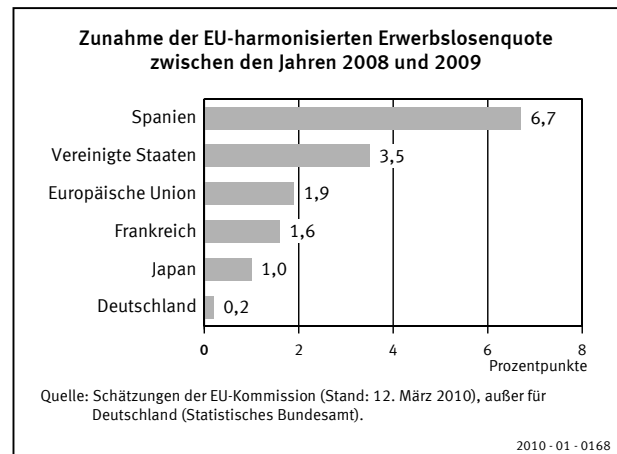
Schaubild 5



Vergleichbar verlief die Entwicklung bei den Erwerbslosen (siehe Schaubild 6): Die Zunahme der Erwerbslosigkeit in Deutschland zwischen 2008 und 2009 ist international als

unterdurchschnittlich und als sehr moderat zu bezeichnen. Starke Zunahmen waren dagegen in Spanien und auch in den Vereinigten Staaten festzustellen. Beachtlich ist auch der Anstieg der Erwerbslosenquote in Japan, da diese von einem vergleichsweise niedrigen Niveau ausging. Im EU-Durchschnitt nahm die Erwerbslosenquote gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte zu.

Schaubild 6



Ausgelöst wurde die globale Finanz- und Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten mit dem Platzen der dortigen „Immobilienblase“. Es folgten Preiseinbrüche in Staaten wie Spanien und dem Vereinigten Königreich. Verzögert, aber mit gravierenden Folgen, zeigte sich die Krise im Rückgang der Wirtschaftsleistungen exportabhängiger Nationen wie Japan und Deutschland. Bei Vorliegen flexibler Arbeitsmärkte haben die Unternehmen mit einem beträchtlichen Personalabbau reagiert. In Deutschland wurde dem Nachfrageausfall sehr unterschiedlich begegnet: Die tariflichen und betriebsüblichen Arbeitszeiten wurden um 1,2% reduziert, Überstunden um 20,6% abgebaut und mit einer Erhöhung des Ausfallvolumens um 745% gegenüber dem Vorjahr wurde das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit massiv genutzt. Dennoch wurden im Jahr 2009 auch in Deutschland etwa 266 000 Vollzeitstellen abgebaut, wovon im beachtlichen Maße auch Personen in Leiharbeit betroffen waren. Nur durch die erhebliche Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung um 274 000 Stellen konnte insgesamt bei den Arbeitnehmern der Personalbestand gehalten werden.<sup>6)</sup>

## Kurzarbeit und die Motive zum Einsatz dieses Arbeitsmarktinstruments

In Deutschland werden drei Arten von Kurzarbeit unterschieden: die Saisonkurzarbeit (§ 169 Satz 2 in Verbindung mit § 175 SGB III), die Transferkurzarbeit (§ 216b SGB III) und

6) Die Daten zur tariflichen und betriebsüblichen Arbeitszeit, zu Überstunden und zur Vollzeit- und Teilzeitarbeit stammen aus der Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

die Kurzarbeit aus konjunkturellen Gründen (§ 170 SGB III). Das Saisonkurzarbeitergeld soll saisonale Arbeitsausfälle überbrücken. Die staatliche Förderung der Unternehmen ist daher nur von kurzer Dauer und zielt auf wenige Wirtschaftsbereiche, insbesondere die Bauwirtschaft, ab. Das Transferkurzarbeitergeld dient zur Begleitung von notwendigen organisatorischen Restrukturierungsmaßnahmen von Betrieben, welche ebenfalls einen maßgeblichen Arbeitsausfall zur Folge haben. Im Zentrum der folgenden Betrachtung steht das konjunkturelle Kurzarbeitergeld, welches Unternehmen bei einem erheblichen Arbeitsausfall aus wirtschaftlichen Gründen beantragen können.

### Konjunkturelles Kurzarbeitergeld

Konjunkturelles Kurzarbeitergeld wird Betrieben mit mindestens einem Arbeitnehmer vom Staat nach dem Sozialgesetzbuch III gewährt, falls folgende sozialrechtlichen Voraussetzungen vorliegen:

- Der Arbeitsausfall wird durch den Arbeitgeber oder die Betriebsvertretung bei der Bundesagentur für Arbeit angezeigt.
- Der Arbeitsausfall ist erheblich und beruht auf wirtschaftlichen Gründen oder einem unabwendbaren Ereignis.
- Der Arbeitsausfall ist nicht vermeidbar.

Als erheblich gilt ein Arbeitsausfall, wenn mindestens ein Drittel der Beschäftigten wegen des Arbeitsausfalls ein um mehr als 10 % vermindertes Entgelt erzielt. Befristet bis zum 31. Dezember 2010 gilt ein Arbeitsausfall aber auch dann erheblich, wenn lediglich mehr als 10 % der Beschäftigten betroffen sind (Konjunkturpaket II). Als vermeidbar gilt der Arbeitszeitausfall, wenn dieser nicht betriebs- oder branchenüblich ist, nicht saisonal bedingt ist und auch nicht auf betriebsorganisatorischen Gründen beruht. Ferner sollte der Ausfall nicht durch bezahlten Erholungsurlaub oder zulässige Schwankungen der Arbeitszeitkonten vermieden werden können. Befristet bis zum Ende des Jahres 2010 ist durch die Maßnahmen des sogenannten Konjunkturpaketes II die Bildung negativer Arbeitszeitkonten als Voraussetzung ausgenommen.

Arbeitnehmer erhalten in der Förderungszeit der Kurzarbeit 60 %, bei Elternschaft 67 % der Nettoentgeltdifferenz von der Bundesagentur für Arbeit. Die Sozialversicherungsbeiträge werden auch für die ausgefallene Arbeitszeit weitergezahlt, während der Kurzarbeit führt der Arbeitgeber aber nur für 80 % des Bruttoeinkommens Beiträge ab.

Jedoch gilt vom 1. Februar 2009 bis zum 31. Dezember 2010, dass in den ersten sechs Monaten der beantragten Kurzarbeit die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge von der Bundesagentur für Arbeit übernommen wird. Seit dem 1. Juli 2009 und ebenfalls befristet bis zum Ende des Jahres 2010 erstattet die Bundesagentur für Arbeit die Sozialversicherungsbeiträge für ab dem 1. Januar 2009 durchgeführte Kurzarbeit ab dem siebten Monat auf Antrag vollständig.

Die gesetzliche Förderungsdauer für das Kurzarbeitergeld von lediglich sechs Monaten wurde im Zuge der gesetzlichen Änderungen zuletzt mit der dritten Änderung der Kurzarbeiterregelungen am 1. Juli 2009 auf 24 Monate verlängert.<sup>1)</sup>

1) Siehe hierzu Sozialgesetzbuch III sowie Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): „Jahresgutachten 2009/10: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen“, Wiesbaden 2009, S. 264 f., und Crimmann, A./Wießner, F.: „Verschnaufpause dank Kurzarbeit“, IAB-Kurzbericht 14/2009, Nürnberg 2009.

Die staatliche Förderung durch konjunkturelles Kurzarbeitergeld soll – neben dem direkten Sozialtransfer an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Verdienstaufschläge erstattet werden – Unternehmen in (gesamt)wirtschaftlich schwierigen Situationen derart entlasten, dass diese kurz-

fristige Nachfrageschwankungen überwinden können, ohne konjunkturbedingt Entlassungen vornehmen zu müssen.

Allerdings ist die Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregelung für die Unternehmen nicht kostenneutral und auch zeitlich begrenzt, wobei die maximale Laufzeit infolge der aktuellen Wirtschaftskrise auf 24 Monate verlängert worden ist. Zwar brauchen die Unternehmen keine Löhne und Gehälter für die entstandenen Ausfallzeiten zu bezahlen, allerdings verbleiben noch Teile der Lohnnebenkosten und eventuelle Zuschüsse aus den tarifvertraglichen Regelungen, die sogenannten Remanenzkosten<sup>7)</sup>, bei ihnen.

Die Motivation zum Erhalt der Arbeitsplätze in Krisenzeiten durch die Kurzarbeiterregelung ist von allen Marktseiten aus nachvollziehbar. Auch wenn der Staat einen Teil der Personalkosten übernimmt, entlastet er damit zugleich die Sozialkassen, da Beitragszahler erhalten bleiben. Gegenzurechnen wären sowohl mögliche Ansprüche auf Arbeitslosengeld, die im Falle eines Personalabbaus entstünden, als auch die Kosten möglicher höherer Sockelarbeitslosigkeit nach dem Einsetzen einer konjunkturellen Erholung.<sup>8)</sup>

Bei den Arbeitnehmern steht der Erhalt des Arbeitsplatzes im Vordergrund, auch wenn dieser mit deutlichen finanziellen Einbußen gegenüber der Vollzeitbeschäftigung verbunden ist. Das Einkommen bleibt aber höher als beim Bezug von Arbeitslosengeld und ist verbunden mit einer Fortzahlung der Sozialversicherungsbeiträge.

Die Unternehmen haben den Remanenzkosten der Kurzarbeit gewisse Opportunitätskosten gegenzurechnen, die aus Entlassungskosten und bei wieder anziehender Nachfrage aus Such-, Einstellungs- sowie Einarbeitungskosten bestehen. Bei einem drohenden oder bestehenden Facharbeitermangel, wie er insbesondere in den Ingenieurberufen beklagt wird<sup>9)</sup>, halten Unternehmen bewusst länger an gut eingearbeiteten Mitarbeitern fest. Zudem schafft die zusätzliche arbeitsfreie Zeit Raum, die Beschäftigten spezifisch weiterzuqualifizieren.

Problematisch wird aber die Kurzarbeiterregelung, falls die Konjunkturkrise länger andauert. Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht wird Kurzarbeit dann nicht mehr lohnend, wenn die Remanenzkosten die genannten Opportunitätskosten der Entlassung und Wiedereinstellung einer neuen Facharbeitskraft nach dem Ende der Rezession übersteigen. Ineffektiv wäre eine staatliche Förderung durch Kurzarbeit, falls Wirtschaftszweige unterstützt würden, die nicht nur mit konjunkturellen, sondern auch mit strukturellen Schief-lagen zu kämpfen haben, und dadurch notwendige Strukturanpassungsmaßnahmen verzögert würden.

In der aktuellen Wirtschaftskrise wurde das Arbeitsmarktinstrument Kurzarbeitergeld sehr stark genutzt (siehe Schaubild 7), sodass teilweise sogar vom „Horten“ der Arbeitskräfte gesprochen wurde.<sup>10)</sup> Die Anzeige von Kurzarbeit ist

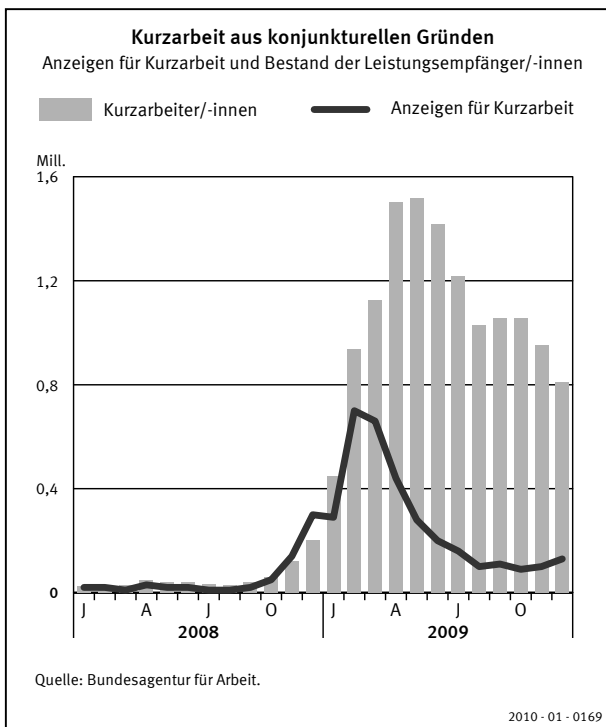
7) Siehe Bach, H.-U./Spitznagel, E.: „Betriebe zahlen mit – und haben was davon“, IAB-Kurzbericht 17/2009, Nürnberg 2009.

8) Zur Sockelarbeitslosigkeit siehe Rothe, T.: „Arbeitsmarktentwicklung im Konjunkturverlauf – Nicht zuletzt eine Frage der Einstellungen“, IAB-Kurzbericht 13/2009, Nürnberg 2009.

9) Siehe Koppel, O./Plünnecke, A.: „Fachkräftemangel in Deutschland“, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., Köln 2009, S.10 ff.

10) Siehe Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009: „Zögerliche Belebung – steigende Staatschulden“, Wirtschaft im Wandel, 2. Sonderausgabe, Halle 2009, S. 48 f.

Schaubild 7

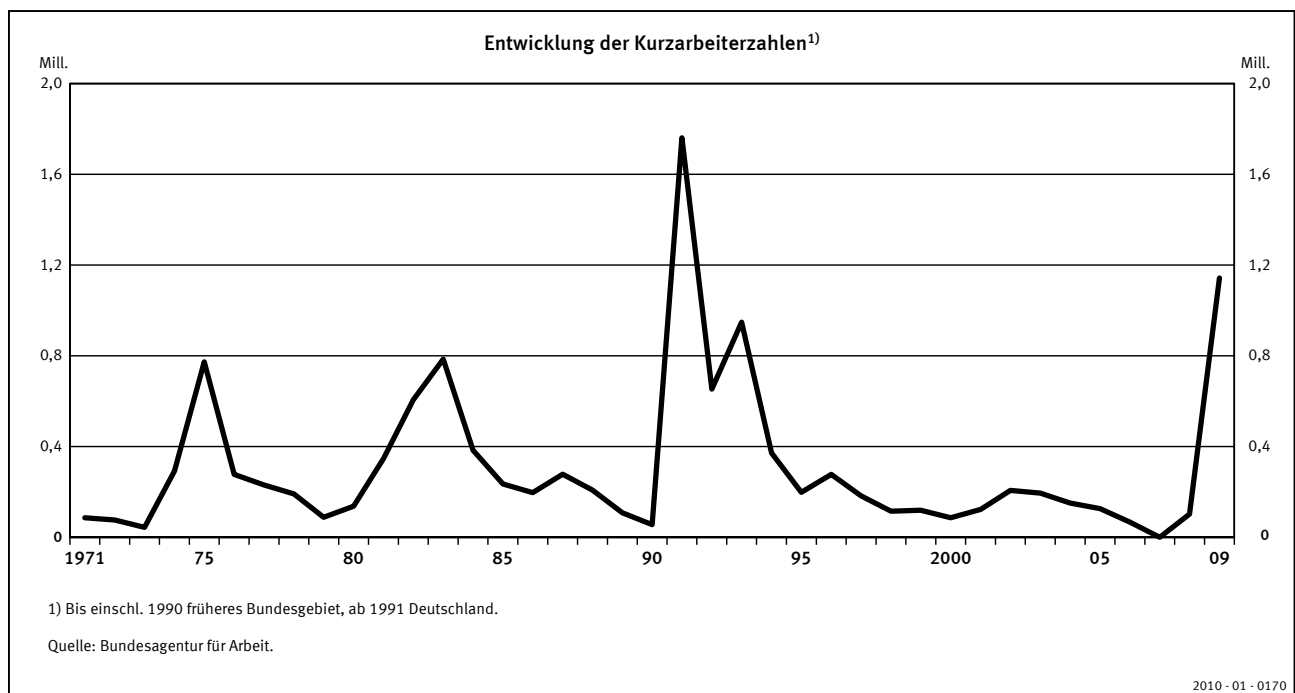


Bedingung für den Erwerb der staatlichen Unterstützung und damit ein erster Gradmesser für die künftige Nutzung. Die Anzeigen der konjunkturellen Kurzarbeit hatten im Feb-

ruar 2009 mit knapp 700 000 Anzeigen<sup>11)</sup> ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht und sind seitdem stark rückläufig (Jahresdurchschnitt 2009: 273 000 Anzeigen je Monat). Allerdings ist ein Rückgang der Zahl der Anzeigen allein gesehen kein eindeutiges Zeichen für eine sich erholende Wirtschaftssituation, da die Anzeigen nur einmalig erfolgen und nicht erneuert werden müssen. So haben 3,3 Mill. Betriebe in Deutschland im Jahresverlauf 2009 Kurzarbeit aus konjunkturellen Gründen angemeldet (+ 415 % gegenüber dem Vorjahr). Tatsächlich wurde Kurzarbeit aber deutlich seltener in Anspruch genommen. So waren im Dezember 2009<sup>12)</sup> knapp 0,8 Mill. Personen in konjunktureller Kurzarbeit. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Zahl der Kurzarbeiter im Mai 2009 mit 1,516 Mill. Personen. Ein zwischenzeitliches geringfügiges Ansteigen der Kurzarbeiterzahlen im Berichtsmonat September gegenüber dem Vormonat ist damit zu erklären, dass die Inanspruchnahme von Kurzarbeit in den davor liegenden Monaten ferienbedingt unterbrochen worden war.

Lediglich 1991 war die Zahl aller Kurzarbeiter (einschließlich saisonaler Kurzarbeit und Transferkurzarbeit) in Deutschland größer als im Jahr 2009. Damals befanden sich im Zuge der deutschen Vereinigung 1,76 Mill. Menschen in Kurzarbeit, wobei allerdings Umstrukturierungsmaßnahmen, vorrangig in den neuen Ländern und Berlin-Ost, im Vordergrund standen. Für das frühere Bundesgebiet wurden im Zeitraum von 1970 bis 1991 entsprechende Größenordnungen nicht erreicht. Deutlich sichtbar sind im Schaubild 8 aber auch die Phasen ausgeprägter Kurzarbeit in den Jahren der beiden Ölkrisen, nämlich im Jahr 1975 mit 773 000 Kurzarbeitern

Schaubild 8



11) Die Daten zur Kurzarbeit wurden entnommen den Angaben der Bundesagentur für Arbeit, u. a. im Analytikreport der Statistik, Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt, Februar 2010 ([www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000200/html/analytik/fruehindikatoren-analytikreport\\_2010-02.pdf](http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000200/html/analytik/fruehindikatoren-analytikreport_2010-02.pdf); abgerufen am 18. März 2010).

12) Letzter verfügbarer Wert für die Personen in Kurzarbeit (Stand: März 2010).

und im Jahr 1983 mit 785 000 Kurzarbeitern. Gemessen an der relativen Betroffenheit der Arbeitnehmer von Kurzarbeit sind diese Krisen daher durchaus mit der jetzigen Situation vergleichbar. Im früheren Bundesgebiet lag der Anteil der Kurzarbeiter/-innen im Jahr 1975 gemessen an allen Arbeitnehmern bei 3,4 %, im Jahr 1983 bei 3,3 % und in Deutschland im Jahr 1991 bei sogar 5,0 %, während im Jahr 2009 ein Anteil von 3,2 % erreicht wurde. In der Rezession des Jahres 2003 kam es hingegen zu keinem nennenswerten Anstieg der Kurzarbeit.

Wie die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise und die Reaktionen des Arbeitsmarktes darauf zeigen, führt die extensive Nutzung der Kurzarbeiterregelung zu einem erheblichen Absinken der Arbeitsproduktivität und steigenden Lohnstückkosten<sup>13)</sup>, was zumindest kurzfristig die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet. Ob dieser Effekt auch langfristig nachwirkt, wird davon abhängen, wie schnell die Wirtschaftskrise überwunden wird und die Kurzarbeiterregelung nicht mehr weiter in Anspruch genommen werden muss.

### Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen

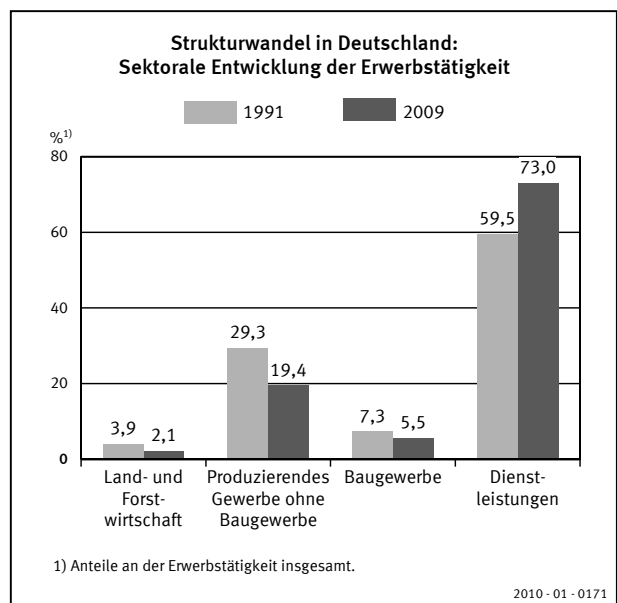
Während sich die gesamtwirtschaftliche Zahl der Erwerbstätigen im Inland gegenüber dem Vorjahr im Jahr 2009 kaum veränderte (- 14 000 Personen oder -0,0%), entwickelte sich die Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) sank der Personalbestand deutlich. Kompensiert wurden die Beschäftigungsverluste im Produzierenden Gewerbe durch Zunahmen der Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahm die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen insgesamt um jahresdurchschnittlich 189 000 Personen (+0,6%) zu. In der Land- und Forstwirtschaft waren 6 000 Personen (+0,7%) und im Baugewerbe 7 000 Personen (+0,3%) mehr erwerbstätig. Sichtbar wurde der globale Einbruch der Wirtschaftsleistung insbesondere in den stärker exportorientierten Bereichen des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe). Die dort im Durchschnitt des Jahres 2009 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnenden Beschäftigungsverluste von 216 000 Personen (-2,7%) erreichten eine Größenordnung, die die Beschäftigungsgewinne der beiden vorhergegangenen Jahre per saldo wieder aufzehrten. Würden die Beschäftigungsverluste der Leiharbeit, die traditionell vorwiegend im Produzierenden Gewerbe vorzufinden ist, nicht statistisch dem Verleihunternehmen im Dienstleistungsgewerbe, sondern der Entleihfirma, das heißt überwiegend dem Produzierenden Gewerbe, zugeordnet, hätte sich diese divergierende Entwicklung der Wirtschaftsbereiche im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise noch verstärkt.

Kurzarbeit zur Stützung der Belegschaft hatte ebenfalls ihren Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe: Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im Dezember 2009 von der konjunkturellen Kurzarbeit Betroffene zu 79,5 % im Produzierenden Gewerbe (ohne Bauwirtschaft) beschäftigt, davon allein 20,8 % im Maschinenbau, 18,1 % in der Metallherzeugung und -bearbeitung und 14,4 % im Fahrzeugbau. Insgesamt waren damit 7,4 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) von Kurzarbeit betroffen, im Baugewerbe waren es lediglich 1,5 % und in den Dienstleistungsbereichen 0,9%.<sup>14)</sup>

Die unterschiedlichen Verläufe der Erwerbstätigkeit in den Wirtschaftsbereichen hatten auch Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Teilzeitquoten, der Partizipationsraten nach Geschlecht und auf die nachgewiesenen Stellungen im Beruf. Im Produzierenden Gewerbe ist der Beschäftigungsanteil von Männern, in vielen Branchen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, insbesondere in Vollzeit, vergleichsweise hoch. Überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten dagegen in den Dienstleistungsbereichen, häufig in Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung. Die in der Wirtschaftskrise voranschreitende Tertiarisierung führte zu einer weiteren Verlagerung hin zu mehr Teilzeitbeschäftigung, geringfügiger Beschäftigung und anderen atypischen Beschäftigungsformen, die einen relativ hohen Frauenanteil aufweisen.

Der längerfristige Strukturwandel, der die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland seit der deutschen Vereinigung begleitet, setzte sich somit auch im Krisenjahr 2009 – und zwar verstärkt – fort (siehe Schaubild 9). Fast drei Viertel

Schaubild 9



13) Lohnstückkosten werden in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung als Relation von Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) zur Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen berechnet; siehe Brümmerhoff, D./Lützel, H.: „Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, 3. Auflage, München 2002, S. 257.

14) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderbericht: „Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld“, Nürnberg 2009.

aller Erwerbstätigen hatten im Jahr 2009 ihren Arbeitsplatz in den Dienstleistungsbereichen (Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister, öffentliche und private Dienstleister). Der Anteil des tertiären Sektors an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen erhöhte sich von 59,5% im Jahr 1991 auf 73,0% im Jahr 2009. Dagegen hat sich der Erwerbstätigenanteil des primären und sekundären Sektors kontinuierlich verringert. Waren in der Land- und Forstwirtschaft 1991 noch 3,9% aller Erwerbstätigen beschäftigt, lag der Anteil im Jahr 2009 nur noch bei 2,1%. Allerdings hat sich der Erwerbstätigenanteil der Landwirtschaft in den vergangenen vier Jahren stabilisiert und ist nicht weiter zurückgegangen. Der Erwerbstätigenanteil des Baugewerbes war im Jahr 2009 erstmals seit seinem höchsten Stand seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1995 (8,6% der Erwerbstätigen) wieder leicht gestiegen, und zwar um 0,1 Prozentpunkte auf 5,5%. Er lag damit 2009 um 1,8 Prozentpunkte unter dem Stand des Jahres 1991. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ist der Anteil an allen Erwerbstätigen seit dem Jahr 1991 um fast zehn Prozentpunkte gesunken, und zwar von 29,3% (1991) auf 19,4% (2009). Allein im vergangenen Jahr hat sich der Anteil aufgrund der konjunkturbedingten Beschäftigungsverluste um 0,5 Prozentpunkte verringert.

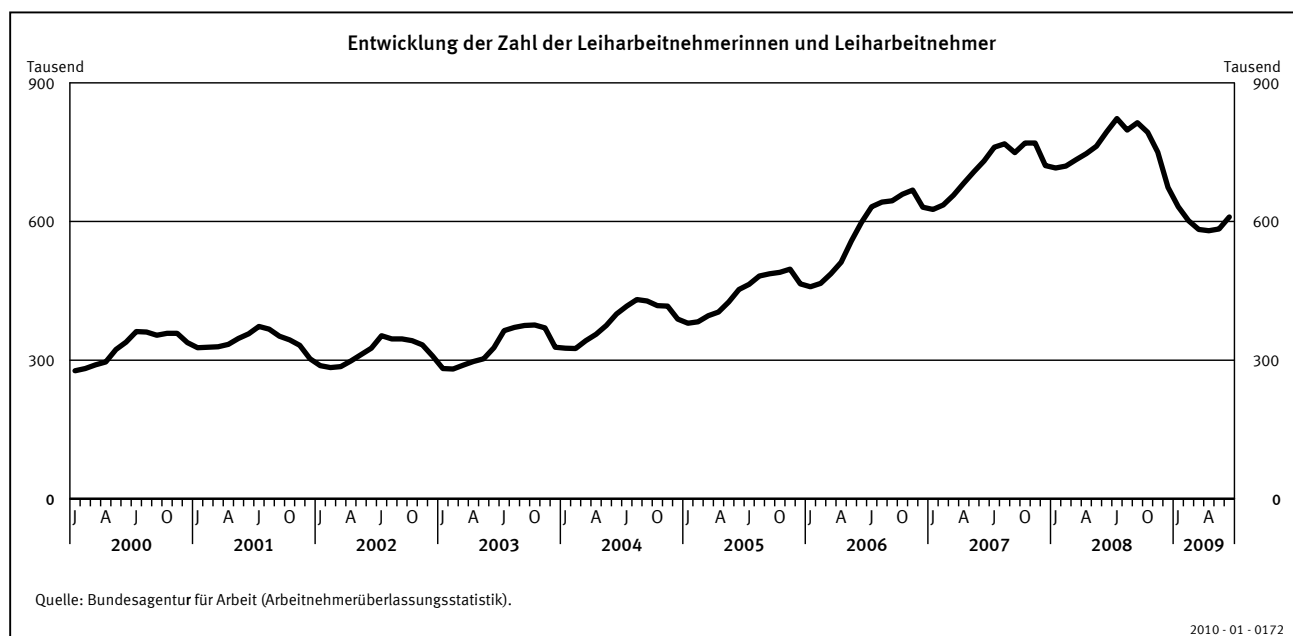
## Leiharbeit

In Deutschland ist die Leiharbeit mittlerweile verbreitet.<sup>15)</sup> Leiharbeit liegt vor, wenn ein Arbeitgeber einen bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer an einen Dritten zur Arbeitsleistung überlässt. Dieser Dritte setzt die geliehene Arbeitskraft

nach seinen betrieblichen Bedürfnissen ein. Während der Anteil der Leiharbeitnehmer an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2000 lediglich 1,2% betrug, erhöhte sich dieser Anteil bis zum Jahr 2008 auf 2,8%. Insbesondere seit Inkrafttreten der sogenannten Hartz-I-Gesetze, durch die die Arbeitnehmerüberlassung gesetzlich neu geregelt und bestehende Vorschriften gelockert wurden, stieg die Zahl der Leiharbeitnehmer bis zum Jahr 2008 stark an. Zwischen den Jahren 2004 und 2008 wuchs die Gesamtzahl an Leiharbeitnehmern im Durchschnitt jährlich um 24,4%.<sup>16)</sup>

Auch wenn in längerfristiger Betrachtung ein Vergleich aufgrund zahlreicher Gesetzesänderungen im Rahmen der Leiharbeit nur sehr eingeschränkt möglich ist, kann die Zeitreihe der Arbeitnehmerüberlassungen als ein guter Frühindikator für den weiteren wirtschaftlichen Konjunkturverlauf bezeichnet werden. In Zeiten sich erholender Konjunktur (wie in den Jahren 2005 bis 2007) nahm die Leiharbeit frühzeitig und sehr dynamisch zu. In schwächeren Konjunkturphasen sank die Inanspruchnahme der Leiharbeit und entwickelte sich teilweise auch negativ gegenüber dem Vorjahr (wie insbesondere im Zuge der Finanzkrise); sie reagierte damit zeitlich vor anderen Kennzahlen des Arbeitsmarktes. Nach Ergebnissen der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit wurde der vorläufige Höhepunkt der Leiharbeit im Juli 2008 mit 823 101 Personen erreicht. Danach sank die Zahl der Leiharbeitnehmer aber in erheblichem Umfang, bis zum Frühjahr 2009 um knapp ein Viertel. Damit ging die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter auf einen Wert zurück, welcher zuletzt im Frühjahr 2006 ausgewiesen worden war (siehe Schaubild 10).

Schaubild 10



15) Siehe Mai, C.-M.: „Arbeitnehmerüberlassungen – Bestand und Entwicklungen“ in WiSta 6/2008, S. 469 ff.

16) Quelle für die Leiharbeitsdaten (sofern nicht anders dargestellt): Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmerüberlassungsstatistik ([www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/200906/iiiia6/aeug/aeugd.pdf](http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/200906/iiiia6/aeug/aeugd.pdf)); abgerufen am 18. März 2010).

Vorläufige Daten der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit<sup>17)</sup>, die bis zum Ende des Jahres 2009 reichen, weisen saisonbereinigt seit Juni 2009 wieder ein Ansteigen der Zeitarbeit aus.<sup>18)</sup> Auch die Ergebnisse des IW-Zeitarbeitsindex zeigen, dass seit dem Frühjahr 2009 die Leiharbeit saisonbereinigt wieder zunimmt und zwischen Mai und Oktober 2009 bereits 80 000 neue Leiharbeitsstellen geschaffen worden sind<sup>19)</sup>, was als überdurchschnittlich zu bewerten ist, da die mittlere jährliche Zunahme zwischen den Jahren 2004 und 2007 knapp 67 500 Stellen betrug.

Die aktuelle Zunahme der Zeitarbeit kann unterschiedlich interpretiert werden: Möglicherweise reagieren die Unternehmen auf teilweise ansteigende Auftragseingänge, indem sie die vorherige Kurzarbeit einstellen und beginnende personelle Engpässe mit Zeitarbeitnehmern von Entleihfirmen zu überbrücken versuchen. Erst mit einem steigenden Vertrauen in die Nachhaltigkeit einer positiven Auftragslage sind wieder eher Festeinstellungen beim Entleihunternehmen zu erwarten. So könnte die Zunahme der Leiharbeit als ein Indiz für eine einsetzende konjunkturelle Erholung verstanden werden. Andererseits kann aber auch die größere Inanspruchnahme der Leiharbeit bedeuten, dass die Stammbesellschaft durch Leiharbeitnehmer substituiert wird. Hierfür spricht, dass – während die Zahl an Leiharbeitern wieder zunimmt – zeitgleich die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe, dem traditionellen Beschäftigungsfeld der Leiharbeit, abgebaut wird. Ob eine solche Substitutionsbeziehung vorliegt, darüber dürften die nächsten Ergebnisse der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik im Juli 2010 Aufschluss geben.

## Insolvenzen und Selbstständigkeit

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Jahr 2009 im Vorjahresvergleich gestiegen. 39 320 Insolvenzen von Unternehmen verzeichneten die deutschen Amtsgerichte nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik<sup>20)</sup> im Verlaufe des Jahres 2009. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es noch 11,6 % weniger gewesen. Damit lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2009 erstmals seit 2003 wieder höher als im Vorjahr.

Trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation werden weiterhin auch Unternehmen gegründet. Der Saldo der Neugründungen gegenüber den Abmeldungen ist sowohl bei Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung, als auch bei Kleinunternehmen und bei Betrieben zum Nebenerwerb jeweils positiv, das heißt es fanden im Jahr 2009 (Stand

März 2010) in der Summe mehr Gewerbeanmeldungen als Gewerbeabmeldungen statt.<sup>21)</sup>

Andere Quellen mit Angaben zur Entwicklung der Selbstständigkeit wie der Mikrozensus bestätigen diesen Trend. Die entsprechende Zeitreihe steigt gegenüber dem Vorjahr leicht an. Damit kann von einem Einbruch infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise bei den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen gesamtwirtschaftlich bislang nicht gesprochen werden.

Untersuchungen der Mikrozensusergebnisse<sup>22)</sup> der letzten Jahre haben ergeben, dass die Zahlen der Selbstständigen, insbesondere die der Selbstständigen ohne abhängig Beschäftigte (sogenannte Solo-Selbstständige), sogar in Zeiten wirtschaftlicher Krisen zunehmen können. Denn in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit stieg im letzten Jahrzehnt der Anteil an staatlicher Förderung zur Aufnahme von selbstständiger Tätigkeit, sodass im Jahr 2009 bereits eine Selbstständigengquote von 11 % erreicht wurde (zum Vergleich: im Jahr 2000 betrug die Selbstständigengquote noch 10 % und im Jahr 1991 erst 9 %).

Allerdings stieg im Jahr 2009 nicht nur die Zahl an Solo-Selbstständigen und die Zahl derjenigen, die staatliche Förderung zur Aufnahme von Selbstständigkeit nutzten, sondern – wie die Zahl der Gewerbeanmeldungen zeigte – nahm auch die Zahl der Betriebe mit (sozialversicherungspflichtig) Beschäftigten und größerer wirtschaftlicher Bedeutung zu, sodass während der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht von einer wesentlichen Verschiebung der Struktur innerhalb der Gruppe der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen zugunsten der Kleinst- und Solo-Selbstständigen gesprochen werden kann.

## Ausblick auf das Jahr 2010

Einige der für den Arbeitsmarkt relevanten Frühindikatoren deuten auf ein sich aufhellendes Umfeld hin.

Der ifo-Geschäftsklimaindex und das ifo-Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands, welche in der Vergangenheit die konjunkturelle Entwicklung am Arbeitsmarkt mit einem kurzen Vorlauf anzeigten<sup>23)</sup>, weisen saisonbereinigt seit dem Frühjahr 2009 wieder ansteigende Indexwerte aus. Zwar deuten die Beschäftigungspläne der Unternehmen noch auf eine Reduzierung des Personals hin, jedoch in einem erheblich geringeren Umfang, als dies noch im Frühjahr und im Sommer des letzten Jahres erwartet wurde.

17) Da aus der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik keine Daten über den weiteren Verlauf der Leiharbeit am aktuellen Rand vorliegen, müssen für Aussagen über die weitere Entwicklung andere vergleichbare Quellen herangezogen werden. Hierfür bieten sich u. a. die Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit und der IW-Zeitarbeitsindex an. Unterschiede zwischen diesen Indikatoren: Bei der Beschäftigtenstatistik zählt auch die Stammbesellschaft der Verleihunternehmen zur Zeitarbeit, jedoch werden ausschließlich Betriebe mit dem wirtschaftlichen Schwerpunkt Arbeitnehmerüberlassung berücksichtigt. Der IW-Zeitarbeitsindex ist eine Verbandsumfrage im Auftrag des Bundesverbandes Zeitarbeit, durchgeführt durch das Institut der Deutschen Wirtschaft, welche die letzten Werte der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik mittels der Umfrageergebnisse fortschreibt.

18) Bundesagentur für Arbeit, Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt, Januar 2010, S. 15.

19) Pressemitteilung des Bundesverbandes Zeitarbeit, Befragungswelle Januar 2010 ([www.bza.de/fileadmin/download/IW\\_Zeitarbeitindex/IW-Zeitarbeitindex\\_BZA\\_Welle25\\_Januar\\_2009\\_kurz.pdf](http://www.bza.de/fileadmin/download/IW_Zeitarbeitindex/IW-Zeitarbeitindex_BZA_Welle25_Januar_2009_kurz.pdf), abgerufen am 18. März 2010).

20) Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 2 „Unternehmen und Arbeitsstätten“, Reihe 4.1 „Insolvenzverfahren“.

21) Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 2 „Unternehmen und Arbeitsstätten“, Reihe 5 „Gewerbeanzeigen“.

22) Kelleter, K.: „Selbstständige in Deutschland“ in WiSta 12/2009, S. 1204 ff.

23) Abberger, K.: „Das ifo Beschäftigungsbarometer: Ein Druckmesser für den Arbeitsmarkt“, ifo Schnelldienst 9/2008, S. 19 ff.

Auch der Verlauf der gemeldeten offenen Stellen der Bundesagentur für Arbeit, vor allem der gemeldeten ungeforderten Stellen für „normale“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, weist in der Regel einen engen Bezug zur Erwerbstätigkeit auf, wobei die Reihe der gemeldeten offenen Stellen als Frühindikator fungiert.<sup>24)</sup> Dieser enge Zusammenhang bestand während der Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch zunächst nicht mehr. Während die Erwerbstätigkeit relativ stabil verlief, war die Zahl der gemeldeten ungeforderten Stellen im Juli 2009 um 30,8% geringer als im Vorjahr. Allerdings kam der saisonbereinigte Rückgang bei den gemeldeten ungeforderten Stellen zum Stillstand. Seit August 2009 steigt dieser Indikator der Arbeitskräftenachfrage wieder an.

Dagegen entwickeln sich die Auftragseingänge der Industrie und der Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe<sup>25)</sup> uneinheitlich. Zwar ließen beide Indikatoren saisonbereinigt seit Frühjahr 2009 wieder eine leichte Aufwärtsbewegung erkennen, welche aber im vierten Quartal 2009 ins Stocken geraten ist; dies zeigt sich im Besonderen durch eine abnehmende Nachfrage im Fahrzeugbau. Erste vorläufige Daten zum Jahresbeginn 2010 deuten aber wieder auf ein sich aufhellendes Wirtschaftsgeschehen hin.

Für ein stark exportabhängiges Land wie Deutschland sind aber nicht nur nationale Gegebenheiten für die Entwicklung des Arbeitsmarktes von Bedeutung, sondern auch internationale. In vielen Ländern deuten sich derzeit Signale in Richtung wirtschaftlicher Erholung an, so unter anderem in den Vereinigten Staaten, Japan und einigen europäischen Ländern.<sup>26)</sup> Zunehmende Bedeutung für Deutschland hat die industrielle Produktion Brasiliens, der Russischen Föderation, Indiens und der Volksrepublik China, der sogenannten BRIC-Staaten. Von hier kommen bereits positive Zeichen, seit Mitte des Jahres 2009 liegt das Produktionsniveau in diesen Staaten – mit Ausnahme der Russischen Föderation – über den Vorjahreswerten.

Arbeitsmarktexperten sagen dennoch für das Jahr 2010 in Deutschland eine rückläufige Entwicklung der Erwerbstätigkeit und eine steigende Erwerbslosenzahl voraus. Die wirtschaftliche Rezession träfe demnach den deutschen Arbeitsmarkt erst mit eineinhalb bis zwei Jahren Verzögerung. Über die Heftigkeit des Rückgangs besteht jedoch Uneinigkeit. So gehen die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Oktober 2009 von einem Rückgang der Erwerbstätigkeit im Jahr 2010 um 2,0% gegenüber dem Vorjahr aus. Aktuellere Prognosen, welche um den Jahreswechsel 2009/2010 veröffentlicht worden sind, wie vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, verfolgen inzwischen einen weniger pessimistischen Ansatz und gehen für das Jahr 2010 von einem Rückgang der Erwerbstätigkeit um nur 0,7% gegenüber dem Vorjahr aus.

## Fazit

Die Finanz- und Wirtschaftskrise traf Deutschland im Jahr 2009 in einem außergewöhnlichen Maße. Aber trotz des dramatischen Rückgangs der Wirtschaftsleistung blieb die Zahl der Erwerbstätigen bisher relativ stabil. Diese Entwicklung war historisch und international gesehen außergewöhnlich. Durch Anpassungen der Arbeitszeit und den massiven Einsatz von Kurzarbeit konnte das Niveau der Beschäftigung gehalten werden. Von staatlicher Seite wurden verschiedene befristete Regelungen getroffen, um die Remanenzkosten der Kurzarbeit zu senken, sodass die Brückenfunktion der Kurzarbeit über einen längeren Zeitraum genutzt werden kann.

Als Folge des Erhaltes des Beschäftigungsniveaus bei vermindertem Arbeitseinsatz sank die Arbeitsproduktivität im Jahr 2009 in einem für Deutschland bisher nicht gekannten Maße. Durch die sich daraus ergebende Erhöhung der Lohnstückkosten ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft damit zumindest kurzfristig gefährdet.

Nach Wirtschaftsbereichen entwickelte sich die Erwerbstätigkeit im Jahr 2009 sehr unterschiedlich. Beschäftigungsgewinnen vorrangig im Dienstleistungsgewerbe, aber auch in der Land- und Forstwirtschaft und in der Bauwirtschaft, standen deutliche Arbeitsplatzverluste in der Industrie gegenüber. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte auch deutliche Auswirkungen auf die Leiharbeit, deren Bestand sich im Verlauf des Jahres 2009 bis zu einem Viertel verminderte.

Die Zahl der Selbstständigen blieb dagegen im Krisenjahr 2009 recht stabil. Damit setzt sich der allgemeine Trend zu einer höheren Selbstständigenquote in Deutschland weiter fort, insbesondere auch durch eine Zunahme der Solo-Selbstständigkeit.

Einige der Frühindikatoren deuten auf ein sich aufhellendes Bild hin. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise den Arbeitsmarkt erst im Jahr 2010 im vollen Umfang treffen wird. [uu](#)

24) Unter „nicht normalen“ sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen werden von der Bundesagentur für Arbeit u. a. geförderte Beschäftigungsverhältnisse auf dem zweiten Arbeitsmarkt (wie beispielsweise Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten) und auch geringfügige Beschäftigtätigkeiten verstanden. Der Anteil der ungeforderten Stellen für normale sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen an allen gemeldeten Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit liegt derzeit bei 56% und der Einschaltungsgrad bei 28%. Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt, Nürnberg, Januar 2010.

25) Beide Datenreihen sind auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes in der Datenbank GENESIS-Online aktuell und kostenfrei abrufbar (<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>).

26) Zu den Aussagen über die wirtschaftlichen Verläufe siehe die Angaben der Datenbank der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD.Stat Extracts (<http://stats.oecd.org/index.aspx>; abgerufen am 18. März 2010).

## Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann,  
65180 Wiesbaden  
Telefon: +49 (0) 6 11/75 2086

Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Ihr Kontakt zu uns: [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

Statistischer Informationsservice

Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05

Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30

Vertriebspartner: HGV Hanseatische Gesellschaft für Verlagsservice mbH  
Servicecenter Fachverlage  
Postfach 11 64  
D-72125 Kusterdingen  
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50  
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35  
[destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)  
[www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)

Erscheinungsfolge: monatlich